

Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezahler kein Anrecht auf Nachlieferung.



Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beilage 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 10 Prozent Zuschlag. Einmaliger Rabatt nach fünfjährig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungs-erhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, gBoigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postcheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 285.

Sonnabend, den 5. Dezember 1925.

44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann traten Donnerstag ihre Rückreise von London nach Berlin an.

* Der angekündigte Rücktritt der gesamten Reichsregierung soll nunmehr am Sonnabend erfolgen.

* Im Zentralausschuß der Reichsbank kündigte Präsident Dr. Schacht eine Lockerung der Kreditperre und -rationierung der Reichsbank an.

* In Spanien ist das Militärdirektorium zurückgetreten. Es bildete sich wieder die seit 1923 verschwundene Zivilregierung.

Die Inflation in Frankreich.

Die französische Ministerkrise hat nicht lange gedauert. Briand blieb sehr bald als einziger übrig, der instand war, ein Ministerium zu bilden. Die Fahrt nach London zur Unterschrift unter den Vertrag von Locarno war für ihn die Erlaubnis einer Nebenbeschäftigung, denn die Hauptsache sind für ihn die innerfranzösischen Sorgen. Er hat ja den anerkannten Führer der französischen Schwerindustrie, Herrn Loucheur, als Nachfolger für Caillaux auf den Sessel des Finanzministers geholt. Das Problem ist die Stabilisierung der französischen Währung; den Franzosen vor weiterer Stürze zu bewahren, ist wirklich die „Politik der notwendigen Arbeit“. Zunächst ist nach den Ausführungen, die Briand in der Kammer machte und die sein Programm darstellen, mit einer Übergangsperiode zu rechnen, mit „provisorischen Erleichterungen“, auf gut deutsch: mit einer Fortsetzung der Inflation. Am 8. Dezember sind 2½ Milliarden kurzfristige Schuldverschreibungen einzulösen und die neue französische Regierung sieht keine Möglichkeiten, das anders zu bewerkstelligen, als durch die Herausgabe neuer Franknoten. Gleichzeitig aber kündigt Briand eine Abgabe vom Vermögen an, die dazu dienen soll, dem Brand die unbedingt notwendige Stabilität zu sichern. Die Persönlichkeit Loucheurs bürgt natürlich dafür, daß man dabei der französischen Schwerindustrie nicht allzu wehe tun wird. Man hat überhaupt in diesen Kreisen kein großes Interesse an der Währungsstabilisierung. Man verdient zu gut, hat keine Arbeitslosen, die Inflation wirkt als Exportprämie. Doch ganz wird man nicht um eine derartige Kapitalabgabe herumkommen.

Uns Deutsche interessiert natürlich vor allem, was Briand in seinem Programm über die französische Außenpolitik entwickelte. Zunächst äußerte er sich über die finanzielle Außenpolitik Frankreichs, also über die Milliardenschulden, die dieses Land noch bei seinen Ententegenossen hat und die vor allem der Hebel sind, mit dem der Franzose geworfen worden ist. Briand kündigt an, daß er die Verhandlungen mit den Alliierten über die Regulierung der Schulden fortsetzen wolle. Dann sprach er einige herzliche Worte über Locarno, die starken Beifall im Hause fanden. Die Politik der internationalen Abmachungen will er weiterführen, indem er „Frankreich gleichzeitig alle wünschenswerten Garantien für die Sicherheit seiner Grenzen gibt“. Ergänzt soll das werden durch eine Einstellung der Syrien- und der Marokkoaktionen, allerdings mit einer starken Einschränkung, einer Einschränkung, die beinahe wie ein Witz anmutet, aber furchtbar ernst gemeint ist: „Sobald die Angriffe aufgehört haben, die dort gegen das Werk der Zivilisation und gegen den traditionellen Liberalismus Frankreichs begonnen haben.“ Also daß sich der Marokkaner und der Syrier mit den Segnungen der französischen Zivilisation nicht beglücken lassen wollen, wird ihnen als schwere Sünde angerechnet. Begriffenwert ist aber trotz dieser echt französischen Demonstration, daß der neue Ministerpräsident in diesem Zusammenhang von einer Erleichterung der militärischen Lasten redet, was durch jene Politik der internationalen Abmachungen ermöglicht werden könnte.

Die bittere Pille kam allerdings nach: Loucheur, der Finanzminister, legte einen Gesetzentwurf vor, wonach der Banknotenumlauf von 51 auf 58 Milliarden Frank erhöht, also die Inflation verstärkt wird. In diesem Gesetzentwurf ist aber auch noch eine zweite, viel interessantere Feststellung erfolgt, die nämlich, daß die Frankinflation sozusagen offiziell anerkannt wird. Der Nominalbetrag der noch ausstehenden Steuern soll nämlich um 10% erhöht werden. Das ist sozusagen sogar eine Vorwegnahme der Inflation. Freilich ist zu erwarten, daß es die Regierung nicht gar sehr eilig haben wird mit der Währungsstabilisierung, sobald nur erst der 8. Dezember überstanden sein wird. Briand erhielt auf seinen Wunsch von der Kammer ein Vertrauensvotum.

Stresemann hoffnungsfreudig

In London hatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Unterredung mit einem deutschen Zeitungsvertreter und sprach sich dabei äußerst hoffnungsfreudig zu dem weiteren Gang der Verhandlungen über die Rückstellungen von Locarno aus. Der Minister demotiviert die Meldung einiger Blätter, die Alliierten hätten die Verfüzung der Befehlshaber für die zweite und dritte Zone bereits abgelehnt, und erklärte, Deutschland werde sofort nach seinem Eintritt in den Völkerbund diese Frage

erneut ansprechen. Stresemann sagte: Nach meiner Berechnung wird Deutschland ungefähr im März nächsten Jahres in den Völkerbund aufgenommen werden können. Es wird nicht möglich sein, das Ausnahmegebot so zeitig zu stellen, daß der nächste Woche in Genf zusammentretende Völkerbundrat sich damit befassen kann, weil erst die Neubildung der Regierung in Deutschland abgewartet werden muß. Eine Völkerbundratsitzung läßt sich aber immer schnell einberufen. Die Völkerbundratsitzung, die über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu entscheiden hat, könnte dann Ende März nächsten Jahres zusammentreten. Stresemann betonte, bezüglich der Verfahren gegen Kriegsschuldige sei die Hoffnung vorhanden, daß Frankreich dem Beispiel der übrigen Staaten folgen werde. Dieser Frage sei große Bedeutung beizumessen, da der jetzige Zustand sich nicht mit dem Pakt von Locarno vertrage.

Donnerstag haben Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann die Rückreise angetreten. In London waren Gerüchte verbreitet, daß Dr. Stresemann auf der Rückreise einen Besuch bei Briand in Paris zu machen gedenke. Auch der Pariser „Matin“ nahm von dem Gerücht Notiz. An Berliner amtlicher Stelle war über eine Reise Dr. Stresemanns nach Paris offiziell nichts bekannt.

Der Rücktritt der Reichsregierung

wäre nach einigen Nachrichten bereits Freitag abend sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther zu erwarten gewesen. Später wurde jedoch gemeldet, der Rücktritt werde Freitag noch nicht, sondern voraussichtlich erst am Sonnabend erfolgen.

Die seit Anfang dieser Woche schwebenden Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und den Sozialdemokraten können gegenwärtig als abgeschlossen gelten. Sie haben zu einem Erfolge nicht geführt. Man beschloß, abzuwarten, bis der Reichskanzler Dr. Luther zurückgekehrt ist, und dann wieder in neue Besprechungen einzutreten. Weder auf eine „Große Koalition“ noch auf eine „Koalition der Mitte“ konnte man sich bisher einigen.

Sindenburgs Rheinlandreise.

Nach Meldungen aus Köln dürfte der Besuch des Reichspräsidenten im geräumten Gebiet schon in den ersten Februarjahren zu erwarten sein, da man mit der Räumung der gesamten ersten Zone bis Ende Januar rechnet. Es ist ein achtstägiger Aufenthalt, vor allem in Köln, in Bonn und in Krefeld, in Aussicht genommen.

Im Reichstag saß auch für die besetzten Gebiete eine Ausschüsse über die angekündigten neuen Besatzungsstellen an verschiedenen Orten statt. Es wurde eine Entschließung des Zentrumsabgeordneten Eger einstimmig genehmigt. Sie lautet: „Der Ausschuss richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, bezüglich der angekündigten Mehrbelastung der Städte und Gemeinden in den besetzten Gebieten durch vermehrte Beschlagnahme von Wohnungen und ländlichen Grundstücken mit stärkerem Nachdruck die berechtigten Interessen der bedrohten Gebietsteile gegenüber der Besatzungsbehörde zu wahren, insbesondere dahin, daß jede stärkere Belastung einzelner Städte auch bei der Aufhebung von Garnisonen an kleineren Plätzen unter allen Umständen vermieden wird.“

Der Vergleich mit den Hohenzollern.

Was Staat und Königshaus bekommen sollen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die Arbeiten im preussischen Finanzministerium an dem Vergleich der Staatsregierung mit dem ehemaligen Königshause sind abgeschlossen.

Nach dem Vergleich soll erhalten der Staat: Die Kronschlößer mit dem historischen Mobiliar und den Gärten, die Kunstwerke in den Berliner Museen und die Schatzkammer in München, die Kroninsignien, die Verfügung über das Hohenzollernmuseum, die Hausbibliothek und das Hausarchiv nach Maßgabe besonderer Bestimmungen, die Theater mit dem Theaterfundus, 111 000 Morgen Land und Forst, die Hausgrundstücke in Berlin und Potsdam mit einigen Ausnahmen, ferner die Kronfideikommissrenten.

Das vormalige Königshaus soll erhalten: Einzelne Schlösser (das Palais Wilhelm I. und das Niederländische Palais, Bellevue und Babelsberg), einzelne Hausgrundstücke, das Gebrauchsmobiliar und den Familienschmuck, den restlichen Land- und Forstbesitz (rund 290 000 Morgen) und 30 Millionen RM. Die 30 Millionen entsprechen etwa dem Werte des dem Staate zufallenden Grundbesitzes (Güter, Forsten, Naturgrundstücke).

Das preussische Finanzministerium hat sich, nachdem die Richtlinien vom Staatsministerium gebilligt waren, zu diesem Vergleich entschließen müssen, weil das Reich bisher den Ländern eine Ermächtigung, die Vermögensauseinandersetzung unter Ausschluß des Rechtsweges gesetzlich zu regeln, nicht gegeben hat, und weil andererseits angesichts des bisherigen Verlaufs der Prozeßführung die Entscheidung über die Auseinandersetzung den ordentlichen Gerichten nicht überlassen bleiben konnte.

Rücktritt des spanischen Direktoriums.

Ein neues Kabinett Primo de Rivera.

Das spanische Direktorium ist zurückgetreten. Der König hat Primo de Rivera mit der Kabinettsbildung betraut. Der plötzliche Rücktritt ist auf das Drängen von Decrestreinen zurückzuführen. Eine Abordnung der Armee eilte Primo de Rivera mit, daß die Armee auf dem sofortigen Rücktritt des Direktoriums bestünde und die Einsetzung einer bürgerlichen Regierung fordere. Primo de Rivera nahm darauf sofort mit den führenden Politikern Rücksprache und wurde danach vom König empfangen. Es gelang Primo de Rivera, dem König die grundsätzliche Zusage zur Umbildung der Regierung abzurufen.

Nach einer Meldung der „Daily News“ hat Primo de Rivera dem König folgende Ministerliste vorgelegt: Premierminister Primo de Rivera, Kriegsminister der Herzog von Tetuan, auswärtige Angelegenheiten Junquas, Marine Admiral Cortujo, Justiz Gallavente, Inneres Martinez Ania, Finanzen Calvo Sotelo, Arbeit Amus, Unterricht Cannejo, öffentliche Arbeiter Benjuna.

Die Lüge von der Kadaverwertverwertung.

Eine Richtigstellung Chamberlains.

Im englischen Unterhaus fragte im Namen des Führers der Opposition Arthur Henderson den Staatssekretär des Äußeren, ob er eine weitere Erklärung über die Kadaverangelegenheit abgeben könne.

Chamberlain, der bei seinem ersten Erscheinen im Unterhaus nach der Unterzeichnung des Locarno-Paktes mit einer Beifallsstunde begrüßt wurde, bejahte die Frage und erklärte weiter, der Kriegssekretär habe dem Unterhause in der letzten Woche mitgeteilt, auf welche Weise die Angelegenheit im Jahre 1917 zur Kenntnis der britischen Regierung gelangte. Der deutsche Reichskanzler habe ihn ermächtigt, auf die Autorität der deutschen Regierung hin zu sagen, daß niemals irgendetwas die Grundlage für die Geschichte vorhanden war. (Beifall.) Er wünsche namens der britischen Regierung hinzu zufügen, daß er dieses Dementi annehme, und er hoffe zuversichtlich, daß dieser falsche Bericht nie wieder erwähnt werde. (Beifall.)

„Daily News“ sagt, Chamberlain habe richtig gehandelt, als er der Geschichte von der Kadaverwertverwertung den Garauß gemacht habe. Bedauerlich sei nur, daß der Kriegsminister vor einigen Tagen nicht den gleichen Mut und nicht das gleiche Anstandsgefühl gezeigt habe wie Sir Austen Chamberlain. Der „Daily Telegraph“ stellt fest, daß die Kadaverwertverwertungsgeheime in England keinen allgemeinen Glauben gefunden hat.

Mehr Kredite für die Wirtschaft.

Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Schacht.

In einer Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank bezeichnete der Vorsitzende Präsident Dr. Schacht die Entwicklung des Status der Bank während der letzten Monate als befriedigend, insbesondere auch hinsichtlich der Devisenbestände.

Sodann berührte er die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit mehrfach erörterte Frage der Ermäßigung des Reichsbankdiskonts und teilte mit, daß das Reichsbankdirektorium die Zeit für die Herabsetzung des Diskontsatzes angesichts der zum Jahresabschluss erwartenden Ansprüche noch nicht für gekommen erachte. Auch die Tendenz der Zinssätze an den wichtigen Plätzen des Auslandes stehe einer solchen Maßnahme entgegen, während aus der Entwicklung der inländischen Zinssätze für tägliches Geld und der Privatdiskonts ein Schluß auf laufende Kredite nicht gezogen werden könne.

Dagegen gestatte die Lage der Bank, den Bedürfnissen der Wirtschaft durch eine Lockerung der Kreditkontingierung entgegenzukommen, die das Reichsbankdirektorium als einen Schritt auf dem Wege zum Abbau der Rationierung ansehe.

Der Zentralausschuß stimmte diesen Ausführungen zu.

Deutscher Reichstag.

(130. Sitzung.)

CB. Berlin, 3. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Dr. Wirth (bei seiner Fraktion) eine Erklärung ab, worin er die gestrigen Angriffe des Abg. Heimig (Wöl.) gegen ihn zurückwies. Er ging dabei auf seine Rede nach dem Rathenau-Morde ein, worin er das viel angegriffene Wort gesprochen habe: „Der Feind steht rechts!“ Aus dem Zusammenhange ergebe sich klar, daß mit diesem Feinde die Führer der Mordbege gegen die republikanischen Führer gemeint gewesen seien.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des Reichsarbeitsministers betreffend Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien und Errichtung einer Versicherungsanstalt für die Provinz Oberschlesien ohne Aussprache dem Ausschuß überwiesen. Darauf wurde die erste Beratung der demokratischen und kommunistischen Gesetzentwürfe über die

Abfindung der Fürstfamilien

fortgesetzt. Abg. Hampe (Deutsch-Hann.) stimmte dem Abgeordneten Scheidemann zu in der Darstellung der Bismarckschen Politik bei der Entthronung und Enteignung der kurböhmischen

und hannoverschen Fürstenthümer. Konsequenterweise hätte nun der Abg. Scheidemann sich gegen eine Wiederholung des damals begangenen Unrechtes wenden müssen. Der von den Demokraten eingebrachte Gesetzentwurf würde zu schematisch alles in einen Topf, weil er die Verschiedenartigkeit der Eigentumsrechte der Fürstenthümer nicht berücksichtige. Man müsse dem deutschnationalen Hebrer zustimmen, daß ein solches Gesetz verfassungswidrig wäre.

Abg. Dr. Kayl (D. Vp.) führte aus, daß seine Freunde verlangen, den hier erörterten Fragenkreis nur im Geiste und Sinne der Gerechtigkeit zu lösen. Deshalb sei eine ausschließliche Entscheidung der Fürstenthümer, wie sie die Kommunisten wollten, in einem Rechtsstaate ganz unmöglich, und bei einem Volkentscheid würden sicherlich viele, die die Wiederkehr des Monarchienregimes nicht wünschten, dennoch für die Abfindung der Fürstenthümer stimmen, weil sie das Gefühl des Dankes empfänden für das, was Friedrich II., der Große, Kurfürst und andere Mitglieder der Hohenzollern und anderer Dynastien in sechs Jahrhunderten für das Land getan hätten. „Wie ein Volk,“ so meinte der Redner, „sich stelle zu seiner großen geschichtlichen Vergangenheit, das sei auch ein Stück seiner persönlichen Würde.“ (Weisfall rechts.) Soweit es sich um Mittel handele, die auf öffentlichen Rechten beruhten, sollten bei der Fürstenthümerabfindung auch nach seiner Meinung die Rechte nichts damit zu tun haben. Auf keinen Fall dürften die Fragen zum Gegenstand politischer und damit parteipolitischer Erwägungen gemacht werden. (Weisfall rechts.) Der in den demokratischen Entwürfen vorgesehene Ausschluß des Rechtsweges sei mit den demokratischen Prinzipien unvereinbar. Im Kreise seiner eigenen Freunde sei die Anregung laut geworden, vielleicht einem Reichsschiedsgericht die Nachprüfung der Abfindungsansätze anzuvertrauen. Zum Schluß nahm der Redner die Gerichte gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie zugunsten der Fürsten das Recht beugten. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Pfeleger (Bayer. Vp.) betonte, daß die Annahme des demokratischen Gesetzentwurfes eine schwerwiegende Verfassungsänderung bedeuten würde. Die Bayerische Volkspartei würde unter keinen Umständen eine Regelung mitmachen, bei der der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen wird.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Völk.) meinte, die Abfindungsfrage hätte nach politischen Gesichtspunkten geregelt werden können, wenn nicht die Macher der Revolution von 1918 und die Schöpfer der Weimarer Verfassung die Heiligkeit des Eigentums proklamierten und den Fürsten das volle Bürgerrecht in der Republik gegeben hätten. Die Haltung der Sozialdemokraten sei nur bestimmt von ihrem Haß gegen die Hohenzollern. Diese hätten aber mehr soziales Verständnis gezeigt als die ganze Sozialdemokratie. (Anruhe bei den Soz.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) betonte, es drehe sich der Vergleich in Preußen um das Hausvermögen. Der Prozeß sei vom Staate angestrengt, aber verloren worden. Es handle sich bei dieser ganzen Frage darum, ob man den Boden der bürgerlichen Rechtsordnung betreten wolle oder nicht. (Weisfall bei der Wirtschaftspartei.)

Abg. Bradant (Dem.) sagte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die Mehrheit des Reichstages bereit ist, auf der Grundlage des demokratischen Entwurfes im Rechtsausschuß nach einer Lösung zu suchen.

Nachdem der Abg. Schneller (Komm.) noch einmal den Antrag seiner Partei empfohlen hatte, wurde die ganze Angelegenheit dem Rechtsausschuß überwiesen.

Der Reichstag begann dann die

dritte Lesung des Etats

und bewilligte zuerst endgültig den Haushalt des Reiches. Dabei wurde ein Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten angenommen, zum Grunderwerb für einen Erweiterungsbau des Reichstages 1.200.000 Mark zu bewilligen.

In der dann folgenden dritten Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft begrüßte Abg. Thomsen (Dm.) eine Interpellation, worin die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die augenblickliche ungeheure Kreditnot in der Landwirtschaft rasch und wirksam zu beheben. Weiter wird verlangt eine Herabminderung der öffentlichen Verwaltungskosten und ein Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Der Redner meinte, eine Behebung der deutschen Wirtschaftsnöte werde sich vor allem durch eine Verminderung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel ermöglichen lassen. Dazu müsse die Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gehoben werden.

Abg. Hörnte (Komm.) begründete in längeren Ausführungen eine Reihe kommunistischer Anträge und Entschlüsse, in denen Hilfsmittel für notleidende Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter verlangt werden. Darauf vertagte sich der Reichstag auf den 9. Dezember.

Preussischer Landtag.

(103. Sitzung.) tt. Berlin, 3. Dezember.

Im Landtag verlangte vor Eintritt in die Tagesordnung der kommunistische Abgeordnete Bied, daß der preussische Innenminister sofort vor dem Landtag erscheine, um Auskunft zu geben, was ihm auf Grund amtlicher Feststellungen

etwa bekannt sei über Vorbereitungen eines Reichspolizeis durch Verbände, wie Stahlhelm usw. Da der Antrag die erforderliche Unterstützung findet, wurde in die sofortige Besprechung eingetreten, doch wird der Antrag, den Minister vor den Landtag zu zitieren, abgelehnt.

Keine Putschgefahr.

Als Minister Geering erscheint, nimmt er das Wort und erklärt: Die preussische Polizei erlaubt keine Putsche, weder solche von rechts noch solche von links. Es besteht zurzeit kein Anlaß, mehr besorgt zu sein als bisher. Solange ich auf diesem Posten stehe, gibt es keine Putsche.

Die Kommunisten beantragten nunmehr Aussprache über die Erklärung des Ministers. Unter Protestkundgebungen der Kommunisten wurde dieser Antrag abgelehnt, ein deutsch-nationaler Antrag auf Verhinderung der Besprechung angenommen.

Der Antrag Dr. von Campe (D. Vp.), das Staatsministerium zu eruchen, bei Vergabung von staatlichen Aufträgen in Ostpreußen ostpreussische Firmen zu berücksichtigen, und in gleichem Sinne auf die Reichsregierung, die Post und die Eisenbahnen einzuwirken, wird ohne Aussprache dem Staatsrat überwiesen. Hierauf setzt das Haus die Aussprache zum Haushalt der

Allgemeinen Finanzverwaltung

fort. Abg. Dr. Neumann (D. Vp.) erklärt, daß die Wirtschaft durch die Steuerbelastung, die gegen die Vorkriegszeit auf das Vierfache gestiegen sei, völlig erschöpft wäre. Verantwortlich sei zunächst der Finanzminister; er müsse sich durchsetzen für eine Entlastung der Wirtschaft.

Abg. Stoll (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten, die mit schuldig seien an der Hauszinssteuer und an ihrer Verwendung zu anderen Zwecken als für die Behebung der Wohnungsnot.

Finanzminister Dr. Hüpler-Mschoff betont gegenüber Vorhaltungen, angesichts der wirtschaftlich so schweren Zeit habe es das preussische Staatsministerium nicht für richtig gehalten, den allgemeinen Anteil der Länder hinaus noch weitere Verzugskonten der Reichsbahn zu erwerben.

Abg. Milberg (Dm.) wendet sich gegen die Finanzgebarung mehrerer Städte, darunter Kiel, Halle, Magdeburg, Altona und Breslau, die mit den Kräften der Steuerzahler Mißbrauch trieben.

Abg. Grebe (Ztr.) ist der Meinung, daß erst richtig gepart werden kann, wenn die Verantwortung der Gemeinden wieder ausreichend hergestellt werde.

Abg. Hoff (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Milberg betr. die Finanzgebarung größerer Städte. Damit schließt die Generaldebatte. In der Einzelberatung werden noch einige Wünsche laut. Im übrigen wird der Etat nach den Vorschlägen des Hauptausschusses bewilligt. U. a. wird dabei bei den dauernden Ausgaben ein neuer Titel eingefügt, der den Gemeinden zwei Millionen Mark als Anteil an der Hauszinssteuer für die mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln ausgeführten Neubauten bewilligt.

Das Haus stimmt dann dem folgenden Zentrumsantrag zu: Das Staatsministerium zu eruchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß 1. die noch rückständigen Steuern aus den verfloßenen Jahren erlassen werden, soweit sich der Steuerschuldner in wirtschaftlicher Not befindet; 2. bei zwangsweiser Beitreibung der Steuern die Betriebsleistung unangefastet bleibt; 3. bei eventuell eintretender Steuererleichterung besondere Rücksicht auf die soziale Lage genommen wird.

Damit ist in zweiter Lesung der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung erledigt. Dann erledigt das Haus eine Reihe kleiner Vorlagen. Der Gesetzentwurf über die Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes wird dem Hauptausschuß, der über die weitere Gültigkeit des Schutzpolizeibeamtengesetzes dem Beamtenausschuß überwiesen. Dann folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes. Die Abstimmungen werden vertagt.

Der Landtag vertagte sich auf den 9. Dezember.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Kündigung des deutsch-mexikanischen Handelsvertrags.

Die mexikanische Regierung hat den zwischen dem Deutschen Reich und Mexiko am 5. Dezember 1899 abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsabkommensvertrag gekündigt. Der Vertrag tritt mit dem Ablauf des 21. Oktober n. J. außer Kraft. Die mexikanische Regierung hat sich gleichzeitig bereit erklärt, in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages mit der deutschen Regierung einzutreten.

Vertrauensvotum für die badische Regierung.

Im Badischen Landtag wurde über das von Zentrum und Sozialdemokraten eingebrachte Vertrauensvotum für die neue Regierung abgestimmt. Von den 68 abgegebenen Stimmen wurden 36 für das Vertrauensvotum abgegeben. Die drei Kommunisten stimmten dagegen, 29 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, darunter die Mit-

glieder der Deutschen Volkspartei, der Bürgerlichen Vereinigung und der Demokratischen Partei. Weiter enthielten sich der Stimme die drei Minister und die drei Staatsräte. Das Vertrauensvotum war somit angenommen.

Deutsch-demokratischer Parteitag.

In Breslau beginnt am 4. Dezember der Parteitag der Deutsch-demokratischen Partei. Der erste Tag wird sich vornehmlich mit Weltanschauungs- und Bildungsfragen befassen, während der zweite Tag die politische Aussprache bringen wird mit Referaten des Parteivorstandes Koch, der Frau Dr. Bäumer und des Ministers A. D. Dietrich. Auch die Person des Reichswehrministers Geßler, der Demokrat ist, soll bei der Aussprache eine Rolle spielen.

Italien.

× Nationalmiliz und Heer. Mussolini ordnete als Kriegsminister an, daß die Soldaten und Unteroffiziere des Heeres die Offiziere der Nationalmiliz grüßen und umgekehrt die Soldaten und Unteroffiziere der Nationalmiliz die Heeresoffiziere. Der Gruß wird zu einer kameradschaftlichen Pflicht. Geschlossene Abteilungen der Nationalmiliz und des Heeres sollen sich nach den für das Heer erlassenen Vorschriften grüßen.

Aus In- und Ausland.

Prag. Am 1. Dezember wurden in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei insgesamt 2000 deutsche Postbeamte und Postbedienstete abgebaut.

Newyork. Nach der „Newyork Times“ erwarten maßgebende Kreise der Wallstreet die Auflegung einer deutschen Eisenbahnanleihe unter dem Dawes-Plan in Höhe von 100 Millionen Dollar durch eine Newyorker Bankgruppe unter der Führung von Morgan zu Beginn des kommenden Jahres.

La Paz. Zum Präsidenten der Republik Chile ist endgültig Fernando Elias und zum Vizepräsidenten Abdou Saevedra gewählt worden.

Verurteilte Spione.

München. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt nach dreitägiger Sitzung das Oberste Landesgericht in München die berüchtigte Frieda Baumann aus Ludwigs- hafen zu 3 Jahren 6 Monaten und 3 Tagen Zuchthaus, den Wertheimer Josef Brisch aus Ludwigs- hafen zu 6 Jahren Zuchthaus, den Sekretär Josef Endres aus München zu 1 Monat Gefängnis, den Metzger Josef Damböck aus München zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und den Metzger Wilhelm Brand aus München zu 6 Monaten Gefängnis. Die Beschuldigten standen im Dienste des französischen Spions Richard Walter.

Damaskus in Verteidigungszustand.

Paris. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Damaskus berichtet, daß die Stadt wieder in den Verteidigungszustand versetzt worden ist. Die Straßen seien mit Stacheldrahtverbänden und Sandfäden verbarrikadiert worden. In dem europäischen Viertel hielten französische Soldaten Wache. Das französische Oberkommando habe anzuordnen, die Frauen und Kinder abzutransportieren, da es entschlossen sei, die Stadt zu bombardieren. Der Berichtserklärer schließt, wenn man sehr pessimistisch sein würde, könnte man bezüglich Damaskus erklären, daß alles zu befürchten sei.

Die amerikanische Luftflottenpolitik.

Washington. Der Untersuchungsausschuß für die Luftschiffahrt, der von Coolidge ernannt wurde, um den augenblicklichen Zustand des amerikanischen Flugwesens der Arme zu untersuchen, hat dem Präsidenten einen umfangreichen Bericht erstattet. Der Ausschuß ist der Ansicht, es sei für die nationale Verteidigung nicht wesentlich, eine umfangreiche Luftflotte für Kriegszwecke zu schaffen, insbesondere da die Vereinigten Staaten durch ihre geographische Lage ausgezeichnet geschützt seien, und deshalb nicht die Möglichkeit eines Luftangriffes von irgendeinem Gegner von beträchtlicher Stärke zu fürchten haben.

Lozales und Provinzielles.

Merckblatt für den 5. Dezember.

Sonnenaufgang 7⁵⁰ Mondaufgang 8⁰⁰ N.
Sonnennuntergang 3⁰⁰ Monduntergang 11⁰⁰ W.

1757 Sieg Friedrichs d. G. bei Leuthen. — 1870 Rouen von Mantauffel besetzt.

□ Ab 1. Januar Erhöhung der Miete in Preußen. Die im Dezember zu zahlende Miete ist die gleiche wie bisher. Ab 1. Januar wird sie jedoch, wie verlautet, auf 88% der Friedensmiete (bei Übernahme der Schönheitsreparaturen durch den Mieter 84%) erhöht. Zum 1. April 1926 muß nach dem Reichsgesetz zur Abänderung der 3. Steuer- notverordnung (vom 10. August 1925) die gesetzliche Miete nächsten Jahres 100% der Friedensmiete betragen.

Körner leiden...

ROMAN VON H-COURTHS-MAHLER

88]

(Nachdruck verboten.)

Erstschlossen machte sie sich von neuem auf der Weg. Böhrens Wohnung war zum Glück nicht weit entfernt. Sie befand sich in einer stillen Querstraße. Viel Menschen begegneten ihr nicht, und es war schon so dunkel, daß man niemand erkennen konnte. Gerade, als sie Böhrens Wohnung erreicht hatte, sah sie, daß die Straßenlaternen angezündet wurden. Mit einem bangen Blick an der schlichten Fassade trat sie in das Haus. Zwei Fenster im ersten Stock waren erleuchtet gewesen. Ob das Böhrens Zimmerfenster waren?

Mit stürmisch klopfendem Herzen stieg sie die Treppe empor. An einer Türe im ersten Stock fand sie Böhrens Namen. Sie preßte die Hände gegen die Brust, als wollte sie den Aufruhr darinnen beschwichtigen. Dann zog sie toder entschlossen die Klingel. Nun stand sie lauschend. Aber es wurde ihr nicht aufgetan. Sie erzitterte. War es schon zu spät — lag schon ein Toter da drinnen? Die Klingel schnürte ihr die Kehle zusammen. Sie riß verweilt noch einmal an der Klingel. Und da hörte sie hinter einer Türe gehen, vernahm einen langsamen, zögernden Schritt — die Türe wurde geöffnet. Im Halbdunkel erkannte sie nicht, wer vor ihr stand.

„Wer von Böhrens?“ fragte sie leise.
„Er war es selbst.“ Mit einem Ruck öffnete er die Türe zu dem Zimmer, welches er eben verlassen hatte, das Licht der Lampe fiel hell auf ihr Gesicht. Er erschauerte.

„Gnädiges Fräulein — Sie?“ fragte er erkaunt, befüßte Er vergaß, zurückzutreten, um ihr den Eintritt freizugeben.

„Bitte, lassen Sie mich eintreten, ich habe Wichtiges mit Ihnen zu besprechen,“ sagte sie, froh aufatmend, daß sie ihn lebend vor sich sah.

„Warten,“ sagte er und ließ sie an sich vorbeistehen. „Bitte, lassen Sie mich eintreten, ich habe Wichtiges mit Ihnen zu besprechen,“ sagte sie, froh aufatmend, daß sie ihn lebend vor sich sah.

Erst jetzt, als sie das maßlose Erstaunen in seinem Gesicht sah, kam ihr das Reinkliche dieser Situation zum Bewußtsein. Sie schloß einen Augenblick die Lider wie ein furchtames Kind und lehnte sich ermattet an den Türpfosten. Er schüttelte seine eigene fürchtbare Stimmung ab und schob ihr artig einen Stuhl hin.

„Bitte, nehmen Sie Platz, gnädiges Fräulein und entschuldigen Sie, daß ich Sie warten ließ. Ich habe meinen Briefchen für heute beurlaubt und wollte erst nicht öffnen. Ich konnte ja nicht ahnen, daß Sie Einlaß begehrten. Es kann nur etwas ganz Ungewöhnliches sein, was Sie zu mir führt.“

Sie ließ sich in den Stuhl gleiten und sah starr auf ein schwarzes Kästchen, das halb verdeckt von Papieren auf dem Schreibtisch stand. Der Lauf einer Pistole blühte im Lampenlicht auf. Sie schüttelte sich wie im Frost und biß die Zähne zusammen. Er war ihrem Blick gefolgt und schob halb unwillkürlich die Papiere vollends über den Pistolenkasten.

Sie sah ihn an und sagte sich mühsam.
„Herr v. Böhrens, Sie geben mir Ihr Ehrenwort, daß Sie keinem Menschen verraten, daß ich bei Ihnen war und was ich hier wollte,“ sagte sie leise.

„Ich gebe es Ihnen selbstverständlich, gnädiges Fräulein.“

Sie holte tief Atem und fuhr mit ihrem Taschentuch über ihr Gesicht. Nun blickte sie mit einem rührenden Lächeln zu ihm auf.

„Ich bin so ein großer Hasensfuß und vor Angst noch ganz fassunglos.“

Er antwortete nicht, dachte nur, wie lieb und reizend sie aussah und daß er diesen holdseligen Anblick mit hinübernehmen wollte in das Schattenreich, das er aufsuchen mußte, weil ihm kein anderer Ausweg blieb als seiner Mat. wie ihm schien.

Sie fuhr nun tapfer fort:

„Herr von Böhrens — ein Zufall ließ mich heute zum Zeugen Ihres Gespräches mit meinem Onkel werden.“

Er zuckte zusammen und sah an ihr vorbei.

„Verzeihen Sie, daß ich das berühren muß, Herr von

Böhrens. Mein Bruder Hans, den Sie ja gekannt haben, war einst in gleicher Lage wie Sie. Ich hatte ihn so lieb, er war so jung und lebensfroh. Auch er fand nirgendwo Hilfe und — und mußte sterben. Daran mußte ich heute denken, als ich hörte, was Sie zu Onkel Peter führte. — Mein Bruder hatte auch bei Lante Adolphine um das Geld gebeten, das ihn retten sollte. Reichsfinnigen Menschen helfen sie nicht, diese kaltherzigen, reichen Leute. Sie nennen Reichsfinn, was oft nur bittere Not ist. — Und nun hörte ich, daß Sie in gleicher Lage waren wie mein armer Bruder. Da hatte ich so große Angst um Sie, und ich beschloß, Ihnen zu helfen. Wie, wußte ich nicht. Zuerst dachte ich an meinen Bekker Ernst. Er ist gut und weicherzig. Wenn Sie sich an ihn gewandt hätten, er würde Sie nicht abgewiesen haben wie Georg. Ich wollte Ernst bitten, zu Ihnen zu gehen, Ihnen das Geld zu bringen. Aber gerade heute kam er nicht nach Hause. Und als ich ihn vorhin in seinem Zimmer aufsuchen wollte, fand ich es schon verschlossen. Da bin ich denn selbst gekommen und will Sie herzlich bitten, nehmen Sie das Geld von mir. Ich habe es Ihnen gleich mitgebracht.“

Er trat einen Schritt zurück und hob die Hände empor. In seinen umschatteten Augen zitterten unruhige Lichter.

„Nein — gnädiges Fräulein — was, das kann Ihr Ernst nicht sein,“ rief er fassunglos.

Sie sah ihn bittend an.

„Ach, mir ist gar nicht zum Scherzen zumute, das können Sie mir glauben. Ich habe mich doch so sehr ge- bangt, herzukommen — es ist — es ist doch — aber nein — ich konnte nicht daran denken, was sich schickte oder nicht — es ging um ein Menschenleben — ich weiß es. Dort der Kasten — Sie haben ihn verstaubt, aber ich weiß nur doch, daß es die höchste Zeit war, wenn ich Ihnen helfen wollte. Und nicht wahr, Herr von Böhrens, Sie nehmen das Geld von mir, ich habe ja fünfundsiebzigtausend Mark von Großtante geerbt. Heute freut es mich zum erstenmal, weil ich Ihnen nun helfen kann. — Da nehmen Sie — bitte — kein Mensch soll davon erfahren. Mein Wort darauf.“

(Fortsetzung folgt.)

— **Wintersportverein.** Infolge der schon einige Zeit anhaltenden günstigen Schneebedingungen ist es dem Verein bisher gelungen, die in seinem Sportprogramm angeführten n. Veranstaltungen auszuführen. Im allgemeinen Interesse für Bad Warmbrunn wird daher empfohlen, sich an sämtlichen Veranstaltungen recht rege zu beteiligen. Am Sonntag, den 6. Dezember wird der Eislaufplatz im Füllnerpark eröffnet, bei dem eine gut besetzte Kapelle konzertieren wird. Die Eintrittspreise hat der Verein im allgemeinen Ortsinteresse niedrig gehalten, und hofft damit eine recht rege Beteiligung während des Winters verzeichnen zu können. Für genügende Abwechslung während des Winters wird der Verein sorgen. Für Schneeschuhläufer sind am Sonntag, den 6. Dezember zwei interessante Touren vorgesehen.

— **Weihnachtspaket-Versendung.** Mit Beginn der Weihnachtszeit setzt eine stärkere Versendung der Pakete ein. Desto notwendiger ist es, die für die Versendung gegebenen Bestimmungen genau zu beachten. Die Pakete sind je nach ihrem Umfang und Inhalt sowie nach der Länge der Beförderungstrecke haltbar und sicher zu verpacken. Leicht zerbrechliche Gefäße mit Flüssigkeiten sind in festen Kisten oder Körben zu verpacken. Leer versandte Schachteln, Kisten, Körbe und andere Behältnisse sind durch einen auf das Paket und die Pakettarte zu setzenden Vermerk, z. B. „leere Schachtel“, „Inhalt 2 leere Blechdosen“ usw. zu kennzeichnen. Die Art der Sendung (ob Paket in Papier, Leder, Leinen, Kiste, Pappschachtel, Blechbüchse, Faß usw.) ist auf den Pakettarten hinter dem Wort „Anbei ein“ stets genau zu bezeichnen. Auf die Vorschriften „Zur Beachtung“ auf der Rückseite der Pakettarte wird hingewiesen. In der Aufschrift sind Empfänger und Bestimmungsort, bei großen Orten auch Straße und Hausnummer deutlich und so bestimmt zu bezeichnen, daß jeder Ungewißheit vorgebeugt wird. Der Name der Bestimmungs-Postanstalt muß besonders groß und deutlich geschrieben oder gedruckt sein. Ein Doppel der Aufschrift muß in das Paket oben auf gelegt werden. Der Absender hat auf dem Paket seinen Namen und seinen Wohnort nebst Wohnung anzugeben.

— **Dem Landkreis Hirschberg** ist wegen Baues einer Wasserleitung für die Gemeinden Hermsdorf und Agnetendorf das Wasserrecht am Schneeegrubenwasser verliehen worden.

Agnetendorf, 2. Dezember. Der Hausbesitzer Ad. Köffel verübte Selbstmord durch Erschießen aus Gram über den Tod seiner Frau.

nl. Hahnau, 3. Dezember. (Arbeitslosigkeit.) In den beiden letzten Monaten hat die Arbeitslosigkeit unserer Reichsstadt großen Fortschritt gemacht. Zahlreiche Fabrik- und andere Arbeiter sind erwerbslos geworden. Die städtische Bevölkerung betrachtet die Lage des Arbeitsmarktes mit ernster Sorge.

Schweidnitz, 3. Dezember. Bei der Ausübung des Berufes stürzte ein Schornsteinfegerlehrling in Puschkau bei dem Versuch, auf den schneebedeckten Dachreitern von einem Schornstein zum anderen zu gelangen, ab und fiel zwölf Meter tief herunter auf die gefrorene Landstraße. Wie durch ein Wunder kam er ohne Verletzungen davon und stand wenige Minuten später auf einem anderen Dache, um seinem gefährlichen Beruf nachzugehen.

nl. Breslau, 2. Dezember. (Ein herzloser Vater.) Der 24jährige Fleischerjohn Paul Kahle aus Weidenhof hat seinen unehelich geborenen dreijährigen Sohn ermordet. Auf dem Wege zum Weidenhofer Bahnhof entriß er plötzlich den Knaben seiner Braut und rannte querfeldein. Alle Nachforschungen blieben ergebnislos. Zwei Tage später erschien Kahle in Breslau bei seiner Braut und ließ sie heraustrufen. Nach dem Verbleib des Kindes befragt, gab er ausweichende Antworten. Als der Vater der Braut erschien, verschwand Kahle. Auf Anzeige der Braut erfolgte die Verhaftung Kahles, der nun ausfragt, das Kind sei ihm unterwegs von der Schulter gefallen und durch den Sturz tödlich verletzt worden. In einer Feldscheune bei Weidenhof sei die Leiche zu finden. Im Gesicht des Kindes verrieten starke Nägelspuren, daß durch Zuhalten von Mund und Nase der Erstickenstod herbeigeführt worden war.

Aus Böhmen.

nl. Gegen die Massenentlassungen der deutschen Beamten. Gegen den Massenhiniauswurf der deutschen Beamten, namentlich bei Post und Bahn, ausgerechnet vier Wochen vor Weihnachten hat, wie berichtet, das nordböhmische Niederland durch seine Gemeinden Protest beschlossen. Inzwischen ist der Stadtrat von Reichenberg schon vorgegangen und protestiert im Namen der rund 90 Proz. deutscher Bewohner gegen die entsetzlichen Willkürakte. Er weist darauf hin, daß durch die Maßnahmen der ohnehin oft sehr schlecht funktionierenden tschechischen Beamten Post, Telefon- und Telegraphenbetrieb geradezu mutwillig lahmgelegt werden, da ein Verkehr zwischen den tschechischen Beamten und der deutschen Bevölkerung nur sehr schwer möglich ist und das ungeschulte Personal die klaglose Abwicklung des Dienstes verhindert.

— **Der Mörder des Kriminalassistenten Sad festgenommen.** Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es gelungen, den Mörder des Kriminalassistenten Sad festzunehmen. Auf der Bahnhofswache haben Vernehmungen des Festgenommenen stattgefunden, die keinen Zweifel an seiner Täterschaft lassen.

— **Watermord aus Liebe zur Mutter.** Der 45jährige Kaufmann Robert Bütschen wurde in Hamburg erschossen in seiner Wohnung aufgefunden. Die Polizei stellte fest, daß der Mord von seinem 21jährigen Sohn Edgar begangen worden war. Der Täter gab an, den Vater aus Liebe zur Mutter erschossen zu haben, weil er sie dauernd mißhandelt habe.

— **Schredensstat eines Zehnpfenners.** In der Nähe des Münchener Hauptbahnhofes geriet ein 20jähriger Hausbursche, als er aus einem Lokal entfernt wurde, da er zu zahlen sich weigerte, in Kaferei und stach mit einem Messer alles nieder, was ihm in den Weg kam. Nachdem er fünf Personen schwer verletzt hatte, flüchtete er vor der empörten Menge in eine Polizeiwache.

— **Zwei Knaben ertranken.** Beim nördlichen Leuchtturm Augustenhof bei Rorburg (Schleswig) wurde ein Boot entdeckt, das dort an den Strand getrieben war. Als man es untersuchte, machte man einen entsetzlichen Fund. Das Boot enthielt die Leichen zweier Knaben im Alter von 13 bis 14 Jahren. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Die beiden armen Kinder stammen aus Faaborg auf Fünen. Die Knaben waren mit dem Boot zum Fischen ausgefahren und sind von dem plötzlich eingetretenen Schneesturm überrascht worden.

— **Ein Automobilunfall Baldwins.** Der englische Premierminister Baldwin wäre beinahe das Opfer eines Automobilunglücks geworden, als er in Begleitung seiner Frau und Tochter von Chequers nach London zurückkehrte. Nicht weit von London geriet sein Kraftwagen auf dem vereisten Wege ins Schleudern und stieß mit einem Gefährt zusammen. Glücklicherweise wurde jedoch niemand verletzt. Baldwin mußte seine Reise mit der Eisenbahn fortsetzen.

— **Wölfe in der Slowakei und in Karpathenrußland.** Bei dem beginnenden Froste treten in den westlichen Teilen der Slowakei und in Karpathenrußland große Mädel von Wölfen auf. Die betroffenen Gegenden haben sich an die Behörden um Hilfe gewandt.

— **Die Löwen unter den Zuschauern.** Während einer Zirkusvorstellung vor Schulkindern in Zarnac erfolgte infolge Kurzschlusses das Licht gerade als der Tierbändiger im Begriff war, seine Löwen aus dem Käfig in den anderen zu jagen. Als das Licht nach ein paar Minuten wieder brannte, befanden sich die Tiere inmitten der Zuschauer. Es trat eine furchtbare Panik ein, die die Löwen offenbar so beunruhigte, daß sie schleunigst das Weite suchten. Sie konnten später auf freiem Felde wieder eingefangen werden.

— **Geh. Justizrat v. Gordon gestorben.** Der aus zahlreichen großen Prozessen in weitesten Kreisen bekannte und geschätzte Berliner Anwalt Geh. Justizrat v. Gordon ist unerwartet gestorben.

— **Von einem fallenden Baumstamm erschlagen.** Beim Holzfällen in dem Wildenow Forst im Kreise Friedeberg (Neumark) wurde der Forstarbeiter Otto Stube aus Hadelshorn so unglücklich von einem fallenden Baumstamm getroffen, daß er einen Schädelbruch erlitt und bald nach seiner Entlieferung in das Landsberger Krankenhaus starb.

— **Feuersbrunst auf einem Kasernengelände.** Ein großer Brand brach in dem Anwesen der früheren Manenkaserne in Saarbücken aus, durch den das Obergeschoß einer ehemaligen Stallung in der Länge von etwa 30 Meter bis auf die Umfassungsmauern zerstört wurde. Der zerstörte Raum diente als Lagerplatz und war mit einigen Millionen leerer Zigarettenkartons angefüllt. Die Bekämpfung des Brandes gestaltete sich infolge der starken Rauchentwicklung außerordentlich schwierig.

— **Einficklung der Nachforschungen nach „M 1“.** Die englische Admiralität gibt bekannt: Nachdem die Ursache des Verlustes des U-Bootes „M. 1“ vollkommen aufgeklärt worden ist, sind die Nachforschungen nach dem Wrack des U-Bootes durch Taucher eingestellt worden.

— **Der Schwarzwaldböllig eingeschneit.** Der Schneesturm im Schwarzwaldböllig und in der Rheinebene hält mit unerminderter Festigkeit an. Das Gebirge ist vollkommen eingeschneit. Es wurden Schneehöhen von 60 bis 70 Zentimeter gemessen. An verwehten Stellen beträgt die Schneehöhe sogar 1—1½ Meter. Die Temperatur beträgt etwa 4 Grad Kälte. Der Postkraftwagenverkehr ist eingestellt.

— **Wieder Selbstmord eines Schutzpolizeibeamten.** In Berlin erschloß sich der 22 Jahre alte Schutzpolizeibeamte Georg Kiedel mit seiner Dienstpistole. Persönliche Notlage hat ihn zu der Verzweiflungstat getrieben.

Bunte Tageschronik.

Ballenstedt (Harz). Hier ist der Amtmann Kortum wegen Brandstiftung in Untersuchungshaft genommen worden.

Newyork. Durch den über Florida niedergegangenen Wirbelschwall wurde auch Miami schwer heimgesucht, der angerichtete Sachschaden ist bedeutend. In Tampa brach ein verheerendes Großfeuer aus. Bis jetzt sind 40 Todesopfer gemeldet.

Newyork. In Texas wurde der schwarze Hausknecht der Gouverneurin verhaftet, weil er Löffel verkauft hatte. Dabei stellte sich heraus, daß er ein entlaufener Sträfling war, der im Jahre 1918 wegen Ermordung eines Regenten zum Tode verurteilt worden war.

Würzburg. Zwei Sportflugzeuge kamen auf dem Flug von Darmstadt nach Böhlingen von der Richtung ab und mußten bei Würzburg notlanden. Dabei wurde ein Mädchen getötet.

London. Auf dem kleinen englischen Kreuzer „Harebelle“, der im Kanal Schießübungen abhielt, explodierte eine Zwölfpfünderkanone. Ein Mann wurde sofort getötet und die ganze Geschützbedienungsmannschaft verwundet.

Rom. Nach dem „Giornale d'Italia“ hat der Unterrichtsminister in Neapel ein Beethoven-Denkmal eingeweiht.

Oslo. Das Nobelkomitee des Storchings beschloß, den diesjährigen und den auch im Vorjahre nicht verteilten Friedenspreis auch in diesem Jahre nicht zu verteilen.

San Diego. Zwei Marineflieger, ein Kapitän und ein Leutnant, wurden bei einem Zusammenstoß ihrer Flugzeuge, der in großer Höhe über der San-Diego-Bucht erfolgte, getötet.

Chicago. Ein Mitglied der Chicagoer Universität, der biologische Forscher Frederic Hoelzel, hat jochen eine Fastenzeit von 41 Tagen beendet. Das ist der höchste bisher erreichte Hungerrekord, den man kennt.

Spiel und Sport.

Sp. Lasker rückt in Moskau auf. In der siebzehnten Runde des Moskauer Schachturniers gewannen Dr. Lasker gegen Spielmann, Capablanca gegen Subarew, Rubinstein gegen Chejminski, Gottschenk gegen Sämisch und Réti gegen Genewsky. In der Spitze ist der Stand nach der siebzehnten Runde: Bogosjubow 13½ Zähler, Dr. Lasker 11½, Capablanca 10½, Torre 10, Marischall, Réti und Romanowitsch je 9½, Bogatyrtschuk, Grünfeld, Rubinstein und Dr. Tartakower je 8½, Genewsky 8 Zähler.

Sp. Im Flugzeug über den Atlantik. Der italienische Flieger Graf Casagrande, der vor einigen Wochen in Genua zu einem Fluge über den Atlantischen Ozean nach Buenos Aires startete, wegen schweren Unwetters

aber längere Zeit in Casablanca (Marokko) liegenbleiben mußte, ist nach Zurücklegung von rund 2500 Kilometer in Las Palmas auf den Kanarischen Inseln eingetroffen.

Welt und Wissen.

— **w. Höchstleistung einer amerikanischen Lokomotive.** Aus Vancouver wird gemeldet, daß mit dem neuen Typ der Lokomotive, die bei den kanadischen Eisenbahnen jetzt zur Einführung gelangt und die teils mit Petroleum, teils mit Elektrizität gespeist wird, eine Rekordleistung vollbracht wurde. Die Lokomotive bewältigte die Strecke Vancouver—Montreal, die 4700 Kilometer beträgt, auf einer Probefahrt ohne Unterbrechung in 67 Stunden. Die normale Fahrzeit für diese Strecke betrug bisher einschließlich der notwendigen Wartungszeiten zehn Tage und zehn Nächte.

Arbeiter und Angestellte.

Saarbrücken. (Drohender Streik der Buchdrucker im Saargebiet.) Eine Versammlung der Buchdrucker hat einstimmig beschlossen, am Sonnabend in den Streik zu treten, wenn die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden über eine Lohnerhöhung, die ergebnislos abgebrochen worden sind, bis dahin keinen Erfolg gehabt haben. Wie es heißt, wird eine Lohnerhöhung von 25 % gefordert, während die Arbeitgeber nur 6 % bewilligen wollen.

Aus dem Gerichtssaal.

— **§ Verurteilung eines 18jährigen Scheckfälschers.** Auf Veranlassung des Kaufmanns Boden und des Händlers Jantowerner in Bitterfeld fällte der beim Kreisamt angestellte 18jährige Kassengehilfe Erich Klaus einen Scheck und erhielt auslandslos das Geld von der Reichsbank in Bitterfeld ausgehahlt. Bei seiner Verhaftung wurden ihm etwas über 52 000 Mark abgenommen. Vor dem Halleschen Gericht wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

— **§ Verurteilung eines Vatermörders.** Das Gericht in Ratibor (Oberhessen) verurteilte einen jungen Arbeiter, der seinen Vater im Streit erschlagen hat, zu fünf Jahren Zuchthaus. Der Vatermörder und seine Schwester waren polnisch gesinnt, während der Vater als einjäger in der Familie für die deutsche Sache eintrat. Darüber war es zum Streit gekommen.

— **§ Zum Tode verurteilt.** Vor dem Schwurgericht in Memmingen wurde der ledige Dienstknecht Johann Hörmann, der im Mai d. J. seinen Dienstherrn, den Landwirt Sohr, erschossen hatte, um in den Besitz des Sohrschen Anwesens zu kommen, zum Tode, zu einjähriger Gefängnisstrafe und zur Aberkennung der Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt.

— **§ Die Revision im Schweriner Fememordprozeß verworfen.** Der vierte Strafsatz des Reichsgerichts hatte sich mit dem Urteil des Schweriner Schwurgerichts vom 4. Juli 1925 im soa. Fememordprozeß zu beschäftigen. Wegen Mordes bzw. wegen Anstiftung und Beihilfe dazu waren damals der Maurer Mohow, der ehemalige Oberleutnant Kalla und der Oberleutnant Schoeler sowie der Landwirt Wischa zum Tode verurteilt worden. Der vierte Strafsatz des Reichsgerichts kam nach langer Beratung zu dem Beschluß, die Revision zu verwerfen, da die Revisionsgründe nicht ausreichen, um ein anderes Urteil herbeizuführen.

— **§ Der Prozeß Holzmann—Vartels.** Für den Prozeß Holzmann—Regierungsrat Vartels ist nunmehr der Termin zur Hauptverhandlung endgültig auf den 11. Januar anberaumt worden. Die Verhandlungsdauer wird schon deshalb geraume Zeit umfassen, weil in diesem Prozeß eine eingehende Erörterung der zahlreichen Geschäfte Kautizers notwendig sein wird.

— **§ Das Oberlandesgerichtsurteil im Voch-Prozeß.** Im Zivilprozeß Voch gegen das Land Thüringen wurde vom ersten Zivilsenat des Oberlandesgerichts Jena das Urteil gefällt. Unter Zurückverweisung der Anschlußberufung des beklagten Landes wird auf die Berufung des Klägers Voch hin das Urteil der ersten Zivilkammer des thüringischen Landgerichts zu Weimar vom 31. März dieses Jahres aufgehoben und das Verfahren, soweit es sich auf die Klage bezieht, zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen.

— **§ Strenge Urteile im Schweriner Fememordprozeß.** In dem Schweriner Mordprozeß gegen den Angeklagten Karl Boldt und Genossen wurde vom Schwurgericht nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit das Urteil gesprochen. Der Feldschützbeamte Karl Boldt aus Seefeld wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt, der Kaufmann Otto Stücken aus Staffurt, früher Oberleutnant eines Arbeitskommandos, wegen Beihilfe zum Mord zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren, der Student Erich Franz aus Prag, früher Leutnant bei einem Arbeitskommando, wegen Nichtanzeige seiner Mitwisserschaft zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr, der Angeklagte Buchhandlungsgeselle Peter aus Rostock, früher Hofbäcker, wegen Begünstigung des Täters zu 6 Monaten Gefängnis, aus demselben Grunde der Bergmann Wilhelm Röbers aus Langenwechus zu 4 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Ingenieur Kurt Witt aus Graubenz, früher Oberleutnant im Regiment Soden, wurde freigesprochen. Die Öffentlichkeit wurde zur Verlesung der Urteilsbegründung ausgeschlossen.

— **§ 78 Seiten Urteilsbegründung.** Der Gräfin Ellnor von Böttinger ist nunmehr die Urteilsbegründung, die 78 Seiten umfaßt, zugestellt worden. Auf den 14. Dezember ist nun, wie gemeldet wird, der neue Termin festgelegt worden. Die Gräfin hofft, daß sie auch im Fall abermaliger Verurteilung zum Weihnachtstest aus der Haft entlassen werden wird, da dann Verbundungsgefahr nicht mehr besteht. Die Verhandlung findet wieder im Schwurgerichtssaal in Potsdam statt, doch soll der starke Zuhörerandrang diesmal eingeschränkt werden.

— **§ Freispruch im Mordprozeß Heymann.** In Prenzlau fällte das Gericht nach dem Botspruch der Geschworenen folgendes Urteil: Der Angeklagte Markgraf wird vom Mord freigesprochen. Wegen Brandstiftung wird er zu acht Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Frau Heymann wird von der Anklage auf Mord und Begünstigung der Brandstiftung freigesprochen. Die Haftbefehle werden sofort aufgehoben. — Der Staatsanwalt hatte gegen beide Angeklagten wegen gemeinschaftlich vorfänglich wissenschaftlichen Mordes Todesstrafe beantragt.

— **§ Ein Duellprozeß.** In Stolp i. P. begann ein Prozeß gegen den Rittergutsbesitzer Boguslaw von Somnich, den Domänenpächter Nikolaus von Weiber, die Gutsbesitzer Egon von Birch, Walter Hewelke, Bruno Zimber, den früheren Staatsanwaltschaftsrat Kurt von Rönne und den Major a. D. Kraft von Rammin. Rittergutsbesitzer von Somnich ist des Zweikampfes mit tödlicher Waffe in drei Fällen und des Zweikampfes mit tödlichem Ausgang in einem Falle angeklagt; von Weiber, von Birch und Hewelke sind gleichfalls des Zweikampfes mit der tödlichen Waffe angeklagt, während sich die drei anderen Angeklagten Zimber, von Rönne und Kraft von Rammin wegen Kartelltragens zu verantworten haben. Der Angeklagte von Somnich war von den anderen Gutsbesitzern wegen politischer Differenzen verprügelt worden, darauf hatte er vier seiner Gegner gefordert. Da der Fall völlig geklärt war, wurde bereits nach kurzer Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautete gegen von Somnich im Falle Kohl auf 2 Jahre 3 Monate, in den übrigen drei Fällen auf je 4 Monate Festung, zusammenzuziehen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 9 Monaten Festung; gegen von Weiber, von Birch und Hewelke auf je 6 Monate Festung, gegen Zimber auf 1 Monat Festung, gegen von Rönne 3 Wochen Festung, gegen Kraft von Rammin 1 Monat Festung.

Kongresse und Versammlungen

k. Eine Tagung des Reichsverbandes deutscher Volksschullehrerinnen. Der Reichsverband deutscher Volksschullehrerinnen wird im Januar 1926 in Berlin eine Arbeitstagung abhalten, auf der in Zusammenarbeit mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland auch die Fragen der Kulturarbeit für das Grenz- und Auslandsdeutschtum zur Sprache kommen sollen. An die Tagung wird sich u. a. eine Rundgebung zusammen mit den Berliner Volksschulgruppen des Vereins für das Deutschtum im Ausland anschließen.

k. Internationaler Christlicher Parteienkongress in Paris. Am 12. Dezember tritt in Paris ein Kongress der christlichen Parteien Deutschlands, Belgiens, Hollands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens und Spaniens zusammen, der den Zweck hat, eine Zusammenarbeit der christlichen Parteien Europas besonders in kultureller Hinsicht anzustreben. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages wird der Abgeordnete Jooß, ferner der Generalsekretär Dr. Koebel beauftragt werden.

Börse und Handel.

Am 12. Dezember tritt in Paris ein Kongress der christlichen Parteien Deutschlands, Belgiens, Hollands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens und Spaniens zusammen, der den Zweck hat, eine Zusammenarbeit der christlichen Parteien Europas besonders in kultureller Hinsicht anzustreben. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages wird der Abgeordnete Jooß, ferner der Generalsekretär Dr. Koebel beauftragt werden.

Am 12. Dezember tritt in Paris ein Kongress der christlichen Parteien Deutschlands, Belgiens, Hollands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens und Spaniens zusammen, der den Zweck hat, eine Zusammenarbeit der christlichen Parteien Europas besonders in kultureller Hinsicht anzustreben. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages wird der Abgeordnete Jooß, ferner der Generalsekretär Dr. Koebel beauftragt werden.

Am 12. Dezember tritt in Paris ein Kongress der christlichen Parteien Deutschlands, Belgiens, Hollands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens und Spaniens zusammen, der den Zweck hat, eine Zusammenarbeit der christlichen Parteien Europas besonders in kultureller Hinsicht anzustreben. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages wird der Abgeordnete Jooß, ferner der Generalsekretär Dr. Koebel beauftragt werden.

Am 12. Dezember tritt in Paris ein Kongress der christlichen Parteien Deutschlands, Belgiens, Hollands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens und Spaniens zusammen, der den Zweck hat, eine Zusammenarbeit der christlichen Parteien Europas besonders in kultureller Hinsicht anzustreben. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages wird der Abgeordnete Jooß, ferner der Generalsekretär Dr. Koebel beauftragt werden.

Monat größeres Deckungsbedürfnis besteht, daß die Preise flücht. Frühjahrsmonate waren in ihren Anfangskursen ermäßigt. Für Roggen waren die Verhältnisse auf prompte Abladung wie für Lieferung ähnlich. Haltung und Preise für letztere waren schwächer. Gerste in Mittelqualitäten viel angeboten und ruhig. Hafer ebenfalls genügend am Markt. Das Getreidegeschäft ist durch die Schneemassen erschwert, Exportfrage bleibt bestehen. Mehl und Futtermittel ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	1. 12.	2. 12.	3. 12.	2. 12.
Weiz. märk.	251-253	251-254	Weizfl. f. Brl.	11,5-11,6
pommerischer	—	—	Hoßfl. f. Brl.	9,7-9,9
Roggen, märk.	156-160	158-161	Haar	—
pommerischer	—	—	Weinfaat	—
westpreuß.	—	—	Wittor.-Erbsl.	25-32
Braugerste	190-214	190-214	fl. Speiseerbsl.	22-24
Futtergerste	155-168	145-168	Futtererbsen	19,5-20,5
bayer, märk.	169-179	169-179	Wicken	17-18
pommerischer	—	—	Ackerbohnen	20-21
westpreuß.	—	—	Widen	20-22
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	11,7-12,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	12-14,5
fln. br. infl.	—	—	Serabella	19-21
Ein. (feinst.)	—	—	Kapstücken	15-15,4
Mrt. u. Not.	32,2-37	32,5-37,2	Leintuchen	23,2-23,4
Roggenmehl	—	—	Trodenschül.	8,1-8,6
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soba-Schrot	21,4-21,6
fln. br. infl.	—	—	Korinl. 30/70	7,8-8
infl. Ein.	23,5-25,5	23,7-25,7	Kartoffelfl.	15-15,4

* Eierbörse. a) Für inländische Eier: frische Inlandsäier über 55 Gramm 17½—21, frische Inlandsäier unter 55 Gramm 14—15; b) Für ausländische Eier: große Eier 16—22, normale Eier 14—15, abweichende Eier 12—13½, kleine und Schmutzeier 10½—12½, Kühhäuser 12—13½, hänische und italienische Kühhäuser 15½—18½, Kalleier 10—10½. Witterung kalt, Tendenz ruhig.

* Butterpreise. 1. Qualität 195, 2. Qualität 167, abfallende Sorten 148 Reichsmark per Zentner. Tendenz ruhig.

* Erhöhung des englischen Bankdiskonts. Die Bank von England hat den Bankdiskont von 4 auf 5 % erhöht.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 6. Dezember (2. Advent), vormittags 9 Uhr Beichte und heil. Abendmahl (Pastor Ruße), 9,30 Uhr Gottesdienst (Vikar Trenner), 11 Uhr Kindergottesdienst (Vikar Trenner). — Kollekte: Schles. Krüppelheim in Rothenburg.

Vereins-Kalender

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey“. Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Übungsabend in der Evang. Schule.

M.-G.-V. „Harmonie“. Jeden Freitag von 8 Uhr ab: Gesangstunde im „Goldenen Löwen“.

Alldeutscher Verband. Freitag, den 4. Dezember, abds. 8 Uhr: Wichtige Besprechung im Hotel „Zur Linde“.

Freiwill. Sanitätskolonne. Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr: Stiftungsfest im „Preuß. Hof“.

Radfahrerklub „Silesia“. Sonnabend abend 7,08 Uhr Abfahrt vom Schloßplatz zum Gauferst in Hirschberg. — Sonntag früh 9,14 Uhr Abfahrt zum Gautag. — Programme im Vorverkauf 1 Mk., an der Abendkasse 1,25 Mk.

Schützengilde. Im Monat Dezember Schießen beim Kameraden Maitwald „Victoria“.

Wer die Vermögenssteuererklärung sachgemäß gefertigt haben will, wendet sich bitte sofort an **Werner, Alfred, Hirschberg-Cunnersdorf, Kant-Strasse 8**. Ich komme auch nach dort. — Meldungen erbeten an **Drogerie Jaeschke**.

„Galerie“ - Bad Warmbrunn

Sonnabend, den 5. Dezember:

Schweinschlachten

Sonntag, den 6. Dezember:

Wurst-Abendbrot bei musikalischer Unterhaltung

Es ladet höflichst ein **Boret**.

Zum Weihnachtsfest

empfehle ich

Christbaum.

Schmuck und Kerzen

in größter

Auswahl

Geschenk.

Packungen in

Seifen u. Parfüms,

Celluloidwaren und sämt-

liche Toiletteartikel, Stoff- u.

Leberhandschuhe in bekannter Güte,

Nappaleber zur Verarbeitung für Rappen

usw., Hofenträger zu Ausverkauf = Preisen,

Corsetts, Büstenhalter und elegante Hüftformer,

ferner für die Festbäckerei sämtliche Gewürze und zur

Bildzubereitung die echten Original-Keichel-Essenzen

Drogerie „Weißes Kreuz“

Otto Gutmann's Nachf.

Schloßplatz Nr. 17.

Wir suchen:

sofort eine Schreibhilfe für Nachmittags-Stunden, perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben — einen Kassierer für den Eisplatz — eine geeignete Person zum Anschaffen der Schlittschuhe und für die Eisplatzpflege.

Meldungen sind zu richten an den Vorstand des Wintersportvereins, Herrn Richter, Hotel „Preussische Krone“.

Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 2295 frei Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Monatlich 500 Mark verdienen nachweislich meine Vertreter

Keine Vorkenntnisse, kein Kapital nötig. Damen u. Herren in allen Orten gesucht. — Angebote an Max Krug, Berlin W 928, Neue Ansbacher-Strasse 7.

Im Winter wie im Sommer ist die Reklame für den strebenden Geschäftsmann

unentbehrlich

und sollte er darum nie verkümmern seine Geschäftsanzeigen in den „Warmbrunner Nachrichten“ erscheinern zu lassen

Billigste Preise!

Reh-Keulen, Hahn-Keulen, Reh-Rüden, Hahn-Rüden, Reh-Blätter, Hahn-Läufe, Hahn gestreift

junge starke Rebhühner, junge fette Gänse, Enten, Tauben, Hühner, Wein, Aepfel, Nüsse, Nohn, Margarine, Landbutter, diverse Käse, frische Ananas, billige Bananen, Apfelsinen, Zitronen, nur bei

Willi Röhrich, Größtes Wild- u. Geflügel-Geschäft am Plage.

Fernruf 205.

Elegante Plüsch- u. Krimmer-Mäntel **Werner, Warmbrunn**

Niederschlesische Buchhaltungs-Revisions- u. Treuhandgesellschaft Wähler & Co.

Inhaber: **Wähler** Bücherrevisor, **Ziegler** Steueramtmann a. D. bisher, **Sachse** Obersteuereinspektor u. aml. Buchprüfer

Filliale Hirschberg-Cunnersdorf, Fernsprecher 696, Gartens. 11. Sachverständige Ausführung von

Buchführungsarbeiten, Bücherrevisionen, Bilanzen, Ordnen rückständiger Bücher, Einrichtung moderner Buchführungen, laufendes Führen der Geschäftsbücher.

Spezialität: Steuerberatung • Steuerbearbeitung • Steuervertretung

Streng vertrauliche und gewissenhafte Ausführung übernommener Aufträge.

Schenk's auch der heranwachsenden deutschen Jugend als Weihnachtsfreude!



Ein herrliches, billiges Weihnachts-Geschenk fürs deutsche Volk aller Stände

Alle, ohne Parteienunterschied, die draußen im Feld und in der Heimat ihre harte Pflicht des Vaterland erfüllten, kämpften und blühten für deutsches Land und Volk, für Vater, Mutter, Weib und Kind! Ein rührendes, unpolitisch-weltliches Erinnerungsbildwerk abdrucken, wertvolle Photographien der großen Ereignisse von Her und Flotte auf allen Kriegsschauplätzen in West und Ost und Süd und Nord, in Frankreich, Belgien, Russland, Polen, Italien, den Balkan und Karpathen, in Serbien, Ungarn, Rumänien, Mazedonien, der Türkei und Kleinasien, Finnland und im Baltikum, wie auf hoher See und in den Kolonien: Von überall her, wo deutsche Helden kämpften, erscheinen im Laufe der Sammlung naturgetreue Bilder-Serien (jede Folge 8 große Seiten in hochkünstlerischer Ausführung auf starkem Hochglanz-Kunstdruckpapier). Wie oft schon sah sich dieser oder jener Kamerad überbracht in diesen Bildern derweil zur Freude seiner Angehörigen. Wer diese Sammlung um weniges Pfennige im Monatlich jenseit, wird bald eine unschätzbare Weihnachtsfreude (monatlich nur 25 Pf.) wertvollere Sammlung besitzen, die für spätere Generationen immer kostbarer wird. Jetzt ist eine nur einmalige Gelegenheit geboten, mit dem Besuche neu zu beginnen.

Wie bitten an: Folge 1 bis 6 in einer prächtigen, roten Karton-Sammelmappe mit obigem, farbigen (gelb und blau) Ritzstich-Druck in Relief-Prägung nur Mk. 2,75 nebst 20 Pf. für Porto. Jeder deutsche Kriegsteilnehmer sei Besitzer! Eine vornehme Weihnachts- und Dankesgabe der Mutter, des Vaters an den Sohn, des Sohnes an den Vater oder die Geschwister, der Braut an den Bräutigam, die den Weltkrieg mitmachen, gleich ob als Offizier oder als einfacher Mann in Reich und Elend. Man zahle durch blaue Postcheckkarte bei seiner Post ein für eine Mappe mit Inhalt Mark 2,95 an Postcheckkonto Nr. 20048 München Deutsche Einheit E. J. Berger, Verlagsdruckerei, München 2. Organisations-, Kriegs- und Veteranenvereine, Regimenter, Bataillone, alle Front- und Hinterfront- und Kriegsteilnehmer-Vereine können bei Sammelbestellungen von mindestens 10 Stück 5 Prozent Portonachschlag in Bezug bringen. Man bestelle sofort, da das Werk sonst vergriffen sein könnte.

Berger-Verlag (E. J. Berger), Buch- und Verlagsdruckerei, München-2. Telefon 80400, 80588 und 54888

Hausfrau sagt u. Küchenchef: **Rahma-buttergleich „ff“** MARGARINE